



DE JONKGRÉNGE

MANIFEST

Chamberwalen 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Intaktes Klima, mit grüner Energie	3
2. Grüne Wirtschaft, die unsere Zukunft absichert	5
4. Konsequenter Natur- und Tierschutz	9
5. Zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung	10
6. Unsere Mobilität neu denken	12
7. Bezahlbarer Wohnraum für alle	14
8. Effiziente und solidarische Gesundheitsversorgung	16
9. Gute Bildung als Chance auf ein gutes Leben	18
10. Moderne Arbeitswelt	21
11. Intelligente Digitalisierung	22
12. Moderne Drogenpolitik	25
13. Gleiche Rechte und Inklusion	26
14. Moderne Institutionen für eine gute Demokratie	29
15. Innere und äußere Sicherheit und Verteidigung	31
16. Ein starkes Europa	33

1. Intaktes Klima, mit grüner Energie

Die Klimakrise ist eine Realität - auch in Luxemburg. Wir alle erleben immer häufiger vorkommende und länger andauernde Dürreperioden sowie stärkere Überschwemmungen. Die Wissenschaft ist sich einig: denken wir unsere Wirtschaft und unser Energiesystem nicht um, werden diese Ereignisse in Zukunft immer heftiger und unser Planet unbewohnbar.

Unter grüner Federführung wurden in den letzten beiden Legislaturperioden die richtigen Weichen gestellt. So wurde z.B. der Anteil der erneuerbaren Energien seit 2013 mehr als verdreifacht und die energetische Renovierung von Gebäuden massiv gefördert. Nun gilt es, diese Dynamik weiterzuführen und zu stärken, um auch den kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu garantieren.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Klimaneutralität bis 2040:** die Klimaziele, die Luxemburg sich bislang gesetzt hat, reichen nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Bericht des Weltklimarats hat gezeigt, dass wir die Treibhausgasemissionen schneller reduzieren müssen. Reiche Länder, zu denen auch Luxemburg gehört, sollten deshalb eine Vorreiterrolle übernehmen und die benötigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation schneller voranbringen.
- **Sektorielle Klimapläne mit Maßnahmen zur Umsetzung der sektoriellen Klimaziele.** Durch die Berechnung sektorieller Kohlenstoffbudgets bis 2030, die im Einklang mit den nationalen Klimazielen des PNEC stehen, ist relativ präzise einsehbar, wie stark jeder Sektor seine jeweiligen Emissionen reduzieren muss. Allerdings sind die Maßnahmen zur Umsetzung nicht verbindlich (siehe z.B. das Ziel, bis 2025 auf 20% Bio zu steigen). Im Falle wo ein Sektor die ihm gestellten Klimaziele nicht erreicht, soll statt einer Kompensierung durch einen anderen, den Zielen vorausgehenden Sektor, analysiert werden, wie das zuständige Ministerium anhand von Sofortmaßnahmen umgehend nachbessern kann.
- **Ein Klimaschutzbuch für jedes Kind,** womit jedes Kind ab der Geburt einen Anteil an klimafreundlichen Anleihen bzw. Investitionen bekommt, mit denen nachhaltige Projekte z.B. im Bereich der Windkraft oder der Solarenergie finanziert werden. Die Rendite aus diesem Sparbuch soll ab dem 18. Lebensjahr zur Verfügung stehen.
- **Den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien,** sowohl auf staatlichen als auch auf privaten Gebäuden. Hierfür bedarf es einem nationalen Investitionsfonds und dem weiteren Ausbau von Wärmenetzen sowie der Stromproduktion aus Windkraftanlagen. Des Weiteren setzen wir uns ein für die Umsetzung der bereits versprochenen Solarpflicht auf Neubauten, sowie eine finanzielle Unterstützung für private Haushalte, die eine Solaranlage auf ihrem Balkon installieren wollen.
- **Eine schnelle, effiziente und inklusive Wärmewende.** Um klimafreundliche Heizsysteme in Zukunft noch stärker zu fördern, sollte der Staat die Preisdifferenz zwischen fossilem und klimafreundlichem Heizsystem übernehmen. Anhand eines sozialen Top-Ups werden Haushalte mit niedrigerem Einkommen zusätzlich unterstützt.

- **Mehr Tempo bei der energetischen Renovierung im Bestand**, z.B. durch Blocksanierungen in ganzen Vierteln sowie verstärkte finanzielle Hilfen und verbesserte Information über bestehende staatliche Unterstützungen. Um die energetische Renovierung auch bei Mietwohnungen zu fördern, sollte die Mietobergrenze bei Wohnungen mit geringer Effizienzklasse deutlich verringert werden.
- Die **Identifizierung und Ausschreibung von “Energiewende-Zonen”**, innerhalb derer Privatpersonen und Unternehmen erneuerbare Energieinfrastrukturen aufbauen können, ohne dass Analysen und Studien im Rahmen der Genehmigungspflicht gemacht und finanziert werden müssen.
- **Eine schnellere Genehmigung von Energiewendeprojekten**. Durch lange Genehmigungsverfahren wird die Energiewende ausgebremst. Dadurch, dass die öffentliche Hand anstrebt, Genehmigungen für große Projekte innerhalb von einem Jahr auszustellen, sollen dringend benötigte Systemanpassungen angestoßen und umgesetzt werden, z.B. durch die Digitalisierung und Vereinfachung der Prozesse.
- **Einen Handwerk-Masterplan für Luxemburg**: die Schaffung vieler “Green Jobs” im Rahmen der Energiewende muss unbedingt mit einer Aufwertung des Handwerks einhergehen, unter anderem durch eine Erhöhung der Gehälter, ein attraktives Aus- und Weiterbildungsprogramm und bessere Arbeitsbedingungen
- **Das Vorantreiben und die Stärkung der Forschung**, sowohl für die **Nutzung von Wasserstoff auf industrieller Ebene**, als auch für die Umsetzung einer **Kreislaufwirtschaft (“Circular Economy”) im Bereich der EE-Infrastruktur**, um somit den **Aufbau einer nationalen Industriebranche** für Letztere zu stärken.
- Einen starken Einsatz **gegen die Produktion und Nutzung von Atomenergie**, angesichts ihrer vergleichsweise hohen Kosten, Risiken und langfristigen Auswirkungen durch radioaktiven Abfall.

2. Grüne Wirtschaft, die unsere Zukunft absichert

Unsere Wirtschaft sollte den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Statt einer auf blindes Wachstum ausgelegten Politik brauchen wir ein Umdenken in Richtung eines inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftsmodells, welches Ressourcen schont und Wohlstand für alle schafft. Modelle wie die “Doughnut Economy” oder die Gemeinwohl-Ökonomie sind hierfür interessante Ansätze.

Wir wollen deshalb einen luxemburgischen “Just Green New Deal” umsetzen. Dieser soll einerseits Unternehmen durch finanzielle Unterstützung und klare Regeln bei der Klimawende begleiten. Andererseits wollen wir hiermit gegen Armut und Prekarität in Luxemburg vorgehen und somit eine sozial gerechte Transition sicherstellen.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Die Infragestellung des Wirtschaftsmodells basierend auf ressourcenintensivem und fossilem BIP-Wachstum und den Übergang auf eine grüne und soziale Wirtschaft**, die Ressourcen schont und wiederverwendet, auf lokale und regionale Kreisläufe aufbaut und jedem eine gut bezahlte Arbeit bietet.
- **Den Umstieg auf alternative und qualitative Indikatoren wie den “Luxembourg Index of Well-Being”**, um die wirtschaftliche Entwicklung nicht allein am BIP-Wachstum, sondern auch z.B. am Zustand der Umwelt, der Armutsrate und am Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu messen.
- **Die Überarbeitung des Tripartite-Modells gemeinsam mit allen relevanten Akteuren**, um in Zukunft auch Vertreter*innen von Umwelt- und Sozialverbänden in die Verhandlungen miteinzubeziehen. Somit sollen Klima- und Umweltschutz sowie die Interessen von Menschen mit niedrigem Einkommen stärker berücksichtigt werden.
- **Den Ausbau des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und der finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen** beim Umstieg auf erneuerbare Energien, eine ressourcenschonende Produktion sowie eine Reduktion des Abfalls;
- **Klare Nachhaltigkeitskriterien zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks bei der Verteilung von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen an Unternehmen**. Dies könnte sowohl über Gemeinwohl-Bilanzen als auch darüber erfolgen, dass Unternehmen sich dazu verpflichten, einen Teil ihrer künftigen Profite in Maßnahmen zu investieren, die den Treibhausgas-Ausstoß und den ökologischen Fußabdruck des Unternehmens reduzieren;
- **Luxemburg zum Gründer*innenhub im Bereich der Nachhaltigkeit machen**, indem wir insbesondere junge Menschen, die den Weg in die Unabhängigkeit wagen, finanziell unterstützen - sei es durch die Gründung von innovativen Start-ups, Läden oder Werkstätten, z. B. im Lebensmittelbereich und im Handwerk. Gerade kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und setzen auf regionale Wertschöpfung. Auch tragen sie zur dringend notwendigen wirtschaftlichen Diversifizierung bei mit dem Ziel, die luxemburgische Wirtschaft unabhängiger vom Finanzplatz zu machen;

- **Vorrangig Unternehmen nach Luxemburg ziehen, deren Aktivitäten im Einklang mit unseren Klimazielen sind.** Dementsprechend sollten bei der Implementierung neuer Betriebe Impaktstudien durchgeführt werden, auf Grundlage derer entschieden werden kann, ob die Unternehmen das notwendige Bauland erhalten und sich niederlassen können. Die Studien müssen unter anderem Aufschluss über die Kompatibilität mit den Klimazielen, die Zahl an Arbeitsplätzen, den Umfang der zu erwarteten Steuereinnahmen sowie den Einfluss auf Verkehr und Ressourcenverbrauch geben;
- **Einen zukunftsfähigen und nachhaltigen Finanzplatz, der Menschenrechte, den Klima- und Umweltschutz und soziale Standards respektiert.** Der Staat soll anhand eines staatlichen „Green & Social Finance“-Labels sowie einer gezielten Anreizpolitik die Investitionsfonds dazu ermutigen, ihre Portfolios in diesem Sinne auszurichten und die Transparenz gegenüber den Konsument*innen zu verbessern.
- **Die Einführung eines Gesetzes zur Sorgfaltspflicht transnationaler Unternehmen,** damit diese Menschen- und Arbeitsrechte sowie Sozial- und Umweltstandards bei ihren außereuropäischen Aktivitäten respektieren, z.B. in der Textilindustrie oder beim Abbau von Rohstoffen. Dieses Lieferkettengesetz sollte sich auf die gesamte Lieferkette beziehen und insbesondere Hochrisikosektoren betreffen. Falls keine europäische Lösung gefunden wird, setzen wir uns für eine nationale Gesetzgebung ein;
- **Transparente Verhandlungen unter demokratischer Kontrolle und Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Aushandlung von internationalen Handelsabkommen.** Diese müssen die Erhöhung von Sozial-, Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltstandards zum Ziel haben, den politischen Spielraum von Staaten voll beibehalten (z. B. in Bezug auf Dienstleistungen in öffentlicher Hand wie die Wasser- und Stromversorgung) und hohe juristische Standards beinhalten, weshalb ein Internationaler Handelsgerichtshof geschaffen werden muss;
- **Die Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Förderung der Kreativwirtschaft** (Film, App-, Spiele-Industrie) und von Kunstschaffenden;
- **Eine Dezentralisierung der Wirtschaftsstrukturen und Verwaltungsbüros,** z. B. durch die Schaffung von „shared office spaces“ an den Grenzen. Kürzere bzw. weniger Arbeitswege sind emissionsärmer und tragen damit dazu bei, die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Auch verbringen die Menschen dann weniger Zeit im Stau, was zu einer Erhöhung der Lebensqualität führt.

3. Gerechte Finanz- und Steuerpolitik

Unser Steuersystem wurde im Laufe der Jahrzehnte immer wieder punktuell angepasst. Trotz einiger positiver Anpassungen in den letzten Jahren blieb eine substantielle Reform leider aus. Dies, obwohl ein enormer Handlungsbedarf besteht, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren, den Klima- und Umweltschutz zu stärken und die Wohnungskrise zu entschärfen. Für uns ist demnach eine tiefgreifende Steuerreform eine der Hauptprioritäten der nächsten Legislatur.

Steuern sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Finanzierung der Allgemeinheit. Für uns als jonk gréng ist klar, dass der Staat auch in Zukunft genügend Steuereinnahmen braucht, um den Bürger*innen wesentliche Dienstleistungen garantieren zu können und Investitionen zu finanzieren. Eine Steuerreform muss demnach dafür sorgen, dass genügend finanzieller Spielraum besteht.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Eine steuerliche Unterstützung für junge Berufsanfänger*innen.** Junge Berufsanfänger*innen bis 35 Jahre mit einem zu versteuernden Gehalt von maximal dem dreifachen Mindestlohn sollen während 5 Jahren ein "Start-Budget" zur Verfügung gestellt bekommen, welches sich aus steuerlichen Vorteilen zusammensetzt und z.B. für nachhaltige Mobilität oder Wohnungskosten genutzt werden kann.
- **Eine generelle Entlastung für Bürger*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen.** Wir wollen, dass gezielt jene, die angesichts der Inflation finanziellen Einschränkungen ausgesetzt sind bzw. immer näher an die Armutsgrenze rutschen, steuerlich unterstützt werden.
- **Die Einführung einer einzigen Steuerklasse bei der Einkommensteuer für Privatpersonen.** Das derzeitige Modell fördert traditionelle Geschlechterrollen und belastet Singles und Alleinerziehende unverhältnismäßig vor allem gegenüber kinderlosen verheirateten Paaren. Die allgemeine Lebenssituation sollte nicht mehr ausschlaggebend für die Besteuerung sein, wobei angesichts der zusätzlichen Kosten sowie dem gesellschaftlichen Nutzen Steuerpflichtige mit Kindern besonders berücksichtigt werden sollten.
- **Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Privatpersonen mit jährlichen Einkommen von über 200.000€ sowie eine Erhöhung der Progressivität der Steuertabelle,** um die steuerlichen Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen teilweise zu finanzieren.
- **Die Angleichung der Besteuerung von Kapital und Arbeit im Sinne einer gerechteren Besteuerung.** Die Besteuerung von Einkommen aus Arbeit und Kapital sollte aneinander angeglichen werden. So sollten Dividenden in Zukunft gleich steuerpflichtig sein als Erwerbseinkommen. Auch Wertgewinne bei Beteiligungen sollen in Zukunft besteuert werden, wenn die Dauer der Beteiligung länger als 6 Monate andauert und 10% des Gesamtkapitals nicht übersteigt.
- **Die Bekämpfung der Vermögensungleichheit und den damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten,** anhand einer neuen Vermögenssteuer für Privatpersonen

mit sehr hohen Vermögen. Anhand eines Freibetrags wird sichergestellt, dass nur sehr hohe Vermögen besteuert werden. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer fließen in Zukunftsinvestitionen, z.B. in bezahlbaren Wohnraum, nachhaltige Mobilität und Klima- und Umweltschutz, und kommen somit der Allgemeinheit zugute.

- **Eine offene Diskussion sowie eine tiefgreifende Analyse über die Effekte der derzeitigen Erbschaftsbesteuerung** auf Ungleichheiten und wirtschaftliche Entwicklung.
- **Ein steuerliches Umfeld, das Klima- und Umweltschutz finanziell attraktiv macht gegenüber fossilen Energien und Ressourcenverschwendung.** In diesem Sinne befürworten wir auch steuerliche Investitionshilfen für Unternehmen, die in Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Ressourcen- und Energieeffizienz sowie Biodiversitätsschutz investieren. Klimaschädliche Subventionen sollen identifiziert und abgeschafft werden.
- **Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Solaranlagen, Reparaturen sowie Bio-Lebensmittel.** Um den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Kreislaufwirtschaft sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, sollte die Mehrwertsteuer auf diese Dienstleistungen und Produkte auf 0% gesenkt werden.
- **Die schrittweise Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Heiz- und Kraftstoffe, um die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Wir schlagen vor, die Erhöhung der CO₂-Abgabe an das Erreichen von Klimazwischenzielen zu binden.** Werden die jährlichen Klimaziele erreicht, steigt die Abgabe planmäßig und schrittweise. Werden die Klimaziele nicht erreicht, steigt die Abgabe stärker. Perspektivisch sollen somit die realen Klimakosten abgedeckt und gleichzeitig Planbarkeit für Unternehmen geschaffen werden.
- **Eine automatische finanzielle Abfederung der CO₂-Abgabe für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen mittels Erhöhung des Steuerkredits.**
- Den Ausstieg aus dem Tanktourismus samt Erschließung neuer Finanzierungsquellen.
- **Eine durch und durch nachhaltige und zielorientierte Haushaltspolitik im Interesse der kommenden Generationen.** Nach dem Prinzip des "Green Budgeting" sollte das jährlich vom Finanzministerium vorgelegte Budget auf seine Klimabilanz geprüft und, wo nötig, angepasst werden. Eine solche Klimabilanz sollte aufblättern, wo und wie viele (Steuer-)Gelder in Klimamaßnahmen fließen, um klimaschädliche Investitionen zu erkennen, zu streichen und klimaeffiziente Projekte stärker zu fördern. Gleichzeitig sollten Indikatoren wie der "Luxembourg Index of Well-Being" stärker miteinbezogen und anhand von Indikatoren die Effizienz von Ausgaben stärker kontrolliert werden.
- **Staatliche Fonds, deren Investitionen im Einklang mit den Klimazielen, Sozialstandards und Menschenrechten sind.** Die Investitionsstrategie des Pensionsfonds FDC und des Zukunftsfonds FSIL sollen dementsprechend überarbeitet werden, damit diese Vorbilder für den gesamten luxemburgischen Finanzplatz werden.
- **Eine Analyse über die Einführung einer Roboter-Steuer.** Angesichts der Automatisierung und Digitalisierung werden zunehmend menschliche Arbeitsplätze durch Maschinen und künstliche Intelligenz ersetzt. Diese Entwicklung sollte im Auge behalten und es sollte gleichzeitig über die mittelfristige Einführung einer Robotersteuer beraten werden.

4. Konsequenter Natur- und Tierschutz

Der Schutz und Erhalt unserer Umwelt bilden die Grundlage unserer Politik. Denn der Mensch ist auf eine intakte Natur angewiesen. Ohne intakte Natur kann es keine Wirtschaft geben, die Reichtum produziert und keinen Sozialstaat, der ihn gerecht verteilt. Naturschutz ist deshalb immer auch Menschenschutz.

In den vergangenen Jahren hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung viel getan. Ein umfangreiches Verpackungs- und Recyclinggesetz wurde beschlossen, welches die Nutzung von Einwegplastik einschränkt. Das Naturschutzgesetz wurde erweitert und neue Naturschutzprojekte eingerichtet. Neben dem Naturschutz spielt auch der Tierschutz für uns eine zentrale Rolle im Umgang mit der Natur. Die umfassende Natur- und Tierschutzpolitik der letzten Jahre muss in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt und weiter verstärkt werden.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Klimaresilienz unserer Wälder** anhand von Aufforstungsprojekten zugunsten von Mischwäldern sowie der Reduzierung von Monokulturen und übermäßiger Abholzung;
- **Eine Aufstockung des Umweltfonds**, um die nötigen finanziellen Mittel für den Flächenaufkauf für Naturschutz- und Renaturierungsprojekte bereitstellen zu können;
- **Die Ausweitung der Naturschutz- und Wasserschutzzonen zum Schutz von Flora und Fauna sowie unseres Trinkwassers.** Umweltsyndikate wie SICONA und SIAS, welche aktiv am Erhalt und Ausbau unseres Ökosystems arbeiten, müssen in den Genuss einer stärkeren finanziellen Unterstützung kommen;
- **Eine verbesserte Förderung von Grauwasserauffang- und -aufbereitungsanlagen**, um die Nutzung von Grauwasser zu unterstützen und somit Trinkwasser zu sparen. Gemeinden sowie Privathaushalte sollten von der Förderung profitieren können;
- **Eine Optimierung des Naturpakts, sodass die Beteiligung am Naturpakt noch interessanter für Gemeinden wird**, zum Beispiel durch eine Anpassung des Maßnahmenkatalogs. Auch soll analysiert werden, inwiefern das Wettbewerbskonzept zwischen den Gemeinden zu einer erfolgreichen Umsetzung des Naturpakts beiträgt oder ob das Konzept ggf. überarbeitet werden sollte;
- **Das Ende der Massentierhaltung** mit ihren negativen Auswirkungen auf Umwelt und Tierwohl, sowie die **Prüfung der Einführung eines Tierwohllabels**;
- **Die konsequente Reduzierung von Tierversuchen zu Forschungszwecken** mit dem Ziel, diese auf lange Sicht abzuschaffen. Gleichzeitig fordern wir Investitionen in alternative Forschungsmethoden;
- **Regelmäßige Analysen der Luftqualität und der Pestizidrückstände im Boden**, sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse in einer öffentlich zugänglichen Datenbank. Zusätzlich soll ein Warnsystem eingeführt werden, welches die betroffenen Einwohner*innen bei zu hohen Werten, die zu Gesundheitsschäden führen können, informiert;
- Luxemburg soll weiterhin ein **Glyphosatverbot** anstreben, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

5. Zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung

Landwirtschaft ist systemrelevant, die Arbeit der Bäuer*innen ist unabdingbar für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Um die etlichen Herausforderungen, wie die Folgen des Klimawandels, Übernutzung von Natur und Umwelt oder den ökonomischen Druck auf die Landwirt*innen, angehen zu können, bedarf es einer umfassenden Transformation unseres Agrar- und Ernährungssystems. Diese können und werden wir nur gemeinsam mit den Bürger*innen und Bäuer*innen erreichen. In diesem Sinne wollen wir Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung miteinander versöhnen.

In Zukunft muss die Landwirtschaft im Einklang mit der Biodiversität und der Natur produzieren und gleichzeitig ihre Treibhausgasemissionen reduzieren. In den vergangenen Jahren wurde der konsequente Umstieg auf eine nachhaltige Landwirtschaft trotz ambitionöser Ziele verschlafen. Dies muss sich in der nächsten Legislatur grundlegend ändern.

Déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Eine ambitionierte Neuausrichtung der Ziele des Bioaktionsplans.** Um das Ziel des Bioaktionsplans von 100% Bio bis 2050 zu erreichen, bedarf es einer konkreten Strategie mit konsequenten Maßnahmen und, angesichts des langsamen Fortschritts der letzten Jahre, neu definierten Zwischenzielen.
- **Mindestens 50% Bio in öffentlichen Restaurants und Kantinen** (Schulen, Pflegeheime, Krankenhäuser, usw.) bis zum Ende der nächsten Legislatur, um somit einen zusätzlichen Absatzmarkt für biologische Produkte zu schaffen. Zudem soll sichergestellt werden, dass **immer genügend vegetarische und vegane Alternativen** in öffentlichen Restaurants und Kantinen sowie bei von öffentlichen Akteuren organisierten Veranstaltungen angeboten werden.
- **Die Umsetzung von Sensibilisierungskampagnen zugunsten von fleischarmer Ernährung**, um alle Bevölkerungsteile auf die Probleme des übermäßigen Konsums von tierischen Produkten und die Vorteile fleischarmer Ernährung aufmerksam zu machen (Erweiterung von Konzepten wie z.B. 'Veggie Mondays' in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen);
- **Die Reduzierung des Viehbestandes sowie die Diversifizierung des Agrarsektors.** Um den Anbau von Obst und Gemüse zu fördern, befürworten wir die Schaffung von Anreizen für landwirtschaftliche Betriebe, die verstärkt auf Obst- und Gemüseproduktion setzen. Gleichzeitig sollte anhand von finanziellen Anreizen der Viehbestand gemäßigt werden, um negative Effekte auf Natur und Klima abzufedern.
- **Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf biologische landwirtschaftliche Produkte sowie bei Obst und Gemüse auf 0%** um den Konsum von gesunden Lebensmitteln zu begünstigen;
- **Die Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben, die nach den Prinzipien der solidarischen Landwirtschaft arbeiten** und auf den direkten Kontakt zwischen den Produzenten*innen und Konsument*innen setzen;

- **Die Einbindung der Jugend bei der Ernährungspolitik.** Dementsprechend sollten im Ernährungsrat neben weiteren relevanten Akteuren auch Jugendvertreter*innen ihren Platz bekommen, um die Ernährungspolitik der Zukunft mitgestalten zu können.
- **Vereinfachte administrative Prozeduren für die Landwirt*innen** bei der Beantragung von Unterstützungen oder Genehmigungen für nachhaltige Infrastrukturen.
- **Eine verstärkte Ausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) auf die Förderung von Natur-, Wasser- und Tierschutzmaßnahmen.** Die Agrarsubventionen des Staates sollen ebenfalls verstärkt im Einklang dieser Maßnahmen ausgerichtet werden, insbesondere um **Landwirt*innen beim Umstieg auf eine biologische Bewirtschaftung** zu unterstützen. Statt auf Quantität sollte bei der Vergabe von Subventionen stärker auf Qualität gesetzt werden.
- **Eine fundamentale Anpassung des staatlichen Labels “Agréé par l’État” anhand von besseren Nachhaltigkeitskriterien,** um die Aufklärung und Transparenz von Konsument*innen zu verbessern.
- **Foodsharing-Plattformen und Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung** (Ecobox, “Onperfekt“-Läden etc.) **unterstützen** und/oder sichtbar machen
- **Eine Gesetzliche Regelung für Lebensmittelspenden** von Händler*innen und Verkäufer*innen für Produkte, die nicht verkauft wurden.
- Die **Fehlinterpretation des Mindesthaltbarkeitsdatums anpacken**, u.A. durch eine Umbenennung des Konzepts und durch gezieltere Sensibilisierung der Konsument*innen.
- **Ausarbeitung einer transversalen nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung (z.B. im Rahmen der nationalen Anti-Gaspi Kampagne)** in Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Akteuren (Supermärkte, öffentliche Einrichtungen etc.).

6. Unsere Mobilität neu denken

Die Mobilität der Zukunft ist emissionsarm, praktisch und effizient. Um nicht im Verkehrschaos zu ersticken, müssen der öffentliche Nahverkehr und die sanfte Mobilität dem motorisierten Individualverkehr gegenüber priorisiert werden. Durch die Multimodalität wird das individuell genutzte Auto zu einem Verkehrsmittel unter Vielen.

In den letzten beiden Legislaturperioden wurde die Verkehrswende in Luxemburg eingeläutet. Mit dem *Plan national de mobilité 2035* wurde ein klarer Fahrplan vorgelegt, um in den nächsten Jahren die Mobilitätsinfrastruktur zukunftsfähig, attraktiv und klimafreundlich zu gestalten. Es gilt, diesen Plan in den kommenden Jahren konsequent umzusetzen. Somit verbessern wir unsere Lebensqualität sowohl in Städten als auch in den ländlich geprägten Gegenden.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Massive Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs (Zug, Bus, Tram)**, um höhere Frequenzen und Kapazitäten sowie eine Ausweitung des Angebots zu ermöglichen und die Pünktlichkeit zu verbessern;
- **Den Ausbau von zusammenhängenden Busspuren**, um Busfahren attraktiver und schneller zu machen;
- **Der flächendeckende und massive Ausbau von sicheren und vom Fußgänger- und Autoverkehr abgetrennten Radwegen**. Wir wollen eine attraktive Radwegeninfrastruktur sowohl in den urbanen als auch den ländlichen Räumen. Hierfür muss die Bauzeit massiv gekürzt werden.
- **Sichere Fußgängerinfrastruktur**;
- **Den weiteren Ausbau flexibler Transportmöglichkeiten** wie beispielsweise Flexibusse oder Rufbusse;
- **Mehr Nachtzüge und -busse in allen Regionen**, um das Nachtleben in den Ballungszentren für alle erreichbar zu machen;
- **Ein zugängliches und flächendeckendes Carsharing-Angebot**, z.B. durch eine Verbesserung des FLEX-Angebots;
- **Die Förderung von Fahrgemeinschaften**. Anhand von staatlichen Subventionen werden Bürger*innen dazu ermutigt, sich vor allem für alltägliche Fahrten in Fahrgemeinschaften zu organisieren. Auch Arbeitgeber*innen bekommen finanzielle Anreize, um ihre Angestellten zum "Covoiturage" zu motivieren (wie z.B. das Forfait Mobilité Durable in Frankreich). Eine Plattform zum Austausch von Fahrgemeinschaft-Angeboten wird in die "Mobilitéitsapp" integriert;
- **Die weitestgehende Befreiung der urbanen Zentren vom Durchgangsverkehr** sowie die Schaffung eines verstärkten Park-and-Ride Angebots außerhalb der Städte, samt attraktiver ÖPNV-Anbindung;
- **Die Optimierung der Taktfrequenz des öffentlichen Transportnetzes**, besonders in ländlichen Gebieten und an den Wochenenden;
- **Eine Evaluation der Reform des Dienstwagenprivilegs**, um zu prüfen, inwiefern die Reform zu einem Rückgang der Anzahl und Emissionen der angemeldeten Dienstwagen

bzw. zur Elektrifizierung der Flotte geführt hat. Dementsprechend sollte ggf. eine Anpassung des gesetzlichen Rahmens erfolgen.

- **Die Einführung eines “Budget Mobilité” parallel zum Dienstwagenprivileg**, um die Nutzung von nachhaltiger Mobilität zu fördern.
- **Die Elektrifizierung aller öffentlichen Verkehrsmittel.**
- **Die Einführung eines vom Staat zum 18. Geburtstag finanzierten Interrail-Tickets**, damit junge Erwachsene unabhängig vom Einkommen der Eltern die Diversität Europas auf nachhaltige Weise entdecken können. Somit fördern wir den Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen sowie den europäischen und internationalen Gemeinschaftssinn.
- **Die Einführung von staatlichen Unterstützungen für den Einbau von Bremsassistenten-Systemen** um die Vermeidung von Unfällen zu fördern. Dieses technische System reagiert schneller als der Mensch und trägt somit dazu bei, Unfälle zu verhindern.
- **Implementierung eines mehrstufigen Systems zur Regulierung der Blutgrenzwerte bei Cannabis-Fahrzeug-Kontrollen**, basierend auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und inspiriert durch das kanadische und norwegische Modell. Dieses System würde verhindern, dass fahrtüchtige Personen, die vor einigen Tagen Cannabis konsumiert haben, bei einer Polizeikontrolle positiv auf Cannabis getestet und somit zu Unrecht bestraft werden.
- **Förderung von Investitionen in das autonome Fahren**, vom Aufbau der Infrastruktur bis hin zur Vereinfachung von Tests, um eine zukunftsorientierte Planung für die Implementierung autonomer Busse zu ermöglichen. Dies ist entscheidend für die Bereitstellung eines kontinuierlichen 24-Stunden-Angebots im öffentlichen Verkehr, insbesondere in kleineren Dörfern, wo ein solches Angebot nicht finanziell tragbar ist.
- Reform des Taxiwesens mit dem Ziel, die Preise bezahlbar zu machen.
- **Die genaue Prüfung vor dem Bau von neuen Straßen**, damit diese nur in dem Fall gebaut werden, wo keine Alternativen (Sanierung, Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln) vorhanden sind.
- Eine finanzielle und logistische Unterstützung von Gemeinden, die einen **jährlichen autofreien Sonntag** organisieren wollen;
- **Die Erhebung von gender-spezifischen Daten**, um Mobilität sicherer und inklusiver für alle Menschen zu machen.

7. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist ein Grundrecht. Ohne bezahlbares Zuhause ist kein gutes Leben möglich. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass sich jede*r das Wohnen in Luxemburg leisten kann. Für immer mehr junge Menschen, die nicht das Glück haben, von der Familie ein Startkapital zur Verfügung gestellt zu bekommen, wird der Weg zum Eigentum zunehmend schwieriger. Gleichzeitig erleben wir derzeit auch eine Verteuerung auf dem Mietwohnungsmarkt und das Angebot an alternativen Wohnformen ist sehr zaghafte.

Die Wohnungskrise ist nicht neu, sondern eine seit Jahrzehnten verschleppte Krise. Die heutige Situation hätte verhindert werden können, wenn bereits Anfang der 2000er Jahre die nötigen Maßnahmen ergriffen worden wären. Doch obwohl die Wohnungsbaupolitik unter Premier Juncker zur Chefsache erklärt worden war, geschah nur wenig. Die Politik, die vor allem auf den privaten Markt setzte, scheiterte.

In den letzten Jahren gab es unter grünem Minister einen Paradigmenwechsel beim öffentlichen Wohnungsbau. Die Investitionen wurden massiv erhöht und neue Instrumente wie der Pacte Logement 2.0 geschaffen. Statt einer Rückkehr in alte Muster gilt es jetzt, diesen Paradigmenwechsel in den nächsten Jahren fortzuführen und auf alle Ressorts auszuweiten.

Déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Massive öffentliche Investitionen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.** Wir fordern, dass die öffentliche Hand in Zukunft insgesamt bis zu 2% des Bruttoinlandsprodukts in öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum investiert, um somit nach und nach eine staatliche Reserve an Wohnraum aufzubauen, der zu bezahlbaren Preisen vermietet wird und dauerhaft in staatlicher Hand bleibt;
- **Spezifisch öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen, der gezielt für junge Menschen,** wie z.B. Studierende und Berufseinsteiger*innen, bestimmt ist;
- **Eine konsequente Mobilisierung von unbebautem Bauland innerhalb der nächsten 5 Jahre mit einem besonderen Augenmerk auf schnell bebaubaren Baulücken.** Die Vorlage zur Mobilisierungssteuer auf Bauland muss dementsprechend überarbeitet werden, damit sie schneller wirkt und alle unbebauten, im Bauperimeter befindlichen und für Wohnraum bestimmten Grundstücke für den Wohnungsbau mobilisiert. Gleichzeitig sollen Grundbesitzer*innen dabei unterstützt werden, ihr Bauland mit modularen Strukturen zu bebauen, um somit kurzfristig Wohnraum zu schaffen, ohne dabei aber die Möglichkeit aus der Hand zu geben, das Land für ihre Kinder zu behalten;
- **Die schnelle Mobilisierung von leerstehendem Wohnraum für den Wohnungsmarkt.** Die Vorlage zur Leerstandsteuer muss angepasst werden, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Steuersätze tatsächlich ausreichend sind, um die betroffenen Eigentümer*innen dazu zu bewegen, ihre Immobilie zu vermieten. Um dafür zu sorgen, dass die Kommunen über ausreichend Ressourcen verfügen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, könnten die Einnahmen aus der Leerstandsteuer nicht an den Staat, sondern an die Kommunen fließen;

- **Eine finanzielle Unterstützung in Höhe von maximal 20.000€ für junge Menschen bis 35 Jahre beim Erstkauf einer Immobilie**, gestaffelt je nach Einkommen. Ziel ist es, die "frais d'enregistrement" beim Erstkauf zu reduzieren und somit den Zugang zum Eigentum gezielt für junge Menschen zu erleichtern;
- **Eine gerechte Grundsteuerreform**. Die vorgeschlagene Grundsteuerreform sollte dahingehend angepasst werden, dass Paare nicht wie derzeit vorgesehen steuerlich bevorzugt werden. Wir werden deshalb den Steuerabschlag beim ersten Wohnsitz nicht auf jede*n Eigentümer*in, sondern pro Wohneinheit anwenden. Außerdem sollte man prüfen, inwiefern die Grundsteuer vor allem bei Parzellen, die nicht den ersten Wohnsitz betreffen, in Zukunft ausgebaut werden könnte, um die finanzielle Situation der Gemeinden nachhaltig zu stärken;
- **Den Baulandvertrag und den „Remembrement ministériel“ zügig umsetzen**, damit die öffentliche Hand alle nötigen Instrumente zur Verfügung hat, um die Wohnungskrise konsequent anzugehen;
- **Die staatliche Förderung von alternativen Wohnformen** (z. B. Wohnkooperativen, WG's, intergenerationelles Wohnen, Tiny Houses) durch Pilotprojekte, gezielte Zuschüsse und eine Anpassung der nationalen und kommunalen Reglementierung, um ihre Umsetzung insbesondere auch auf kommunaler Ebene zu ermöglichen;
- **Die Vermietung zu bezahlbaren Preisen mithilfe der "Gestion locative sociale" fördern**, indem die Mieteinnahmen aus der GLS temporär vollends von der Steuer befreit werden, um Vermieter*innen dazu zu ermutigen, ihre Wohnungen zu bezahlbaren Preisen zu vermieten. Gleichzeitig sollten die verschiedenen „Agences Immobilières Sociales“ zusätzliche finanzielle Mittel bekommen;
- **Die Reform des veralteten Mietgesetzes, um die Rechte von Mieter*innen zu stärken**. Die Mietobergrenze sollte hierbei neu definiert werden, mit dem Ziel, den Anstieg der Mieten zu stoppen und somit als Mietpreisbremse zu fungieren. Gleichzeitig müssen die Rechte der Mieter*innen gestärkt werden, z.B. in Bezug auf die Mietkommissionen, denen eine wichtigere Rolle zukommen muss.
- **Bei der Vermietung die Kosten für Immobilienagenturen integral auf die Vermieter*innen umwälzen, wenn die Dienstleistung der Agentur von den Vermieter*innen in Auftrag gegeben wurde**. Gerade in Zeiten von steigenden Mieten sollten die Mieter*innen diese Kosten nicht zusätzlich tragen müssen.
- **Die neue Reglementierung der Kommissionen von Immobilienmaklern, die derzeit bei maximal 3% des Kaufpreises liegen**. Wir fordern, dass die Kommissionen gesetzlich gedeckelt und nicht pauschal in Relation zum Kaufpreis, sondern je nach Größe und Typ des zu verkaufenden Objekts definiert werden. Somit besteht kein Anreiz mehr für steigende Preise;
- **Die neue Reglementierung des Notars, die derzeit einen Prozentsatz des Kaufpreises erhalten**. Wir fordern, dass der Notar einen vom Staat festgelegten Festpreis erhält.

8. Effiziente und solidarische Gesundheitsversorgung

Für déi jonk gréng ist die Gewährleistung einer umfassenden und effizienten Gesundheitsversorgung in allen Regionen des Landes eine der Hauptaufgaben des Staates. In den letzten Jahren haben die Engpässe in den luxemburgischen Notaufnahmen vor allem in den ländlichen Regionen stetig zugenommen. Gleichzeitig zeigt sich ein Personalmangel im Gesundheitssystem, der die Stabilität der medizinischen Versorgung in Luxemburg gefährdet und zu langen Wartezeiten führt.

Auch Schadstoffbelastung, Lärm, Feinstaub, Strahlungsfelder sowie belastende Arbeitsbedingungen und Bewegungsmangel beeinträchtigen die Gesundheit und verursachen oft chronische Erkrankungen. Deshalb gehört auch das Zusammenspiel zwischen Umweltfaktoren und Gesundheit als zentrales Thema der Gesundheitspolitik auf die politische Tagesordnung.

In den letzten Jahren wurde den Problemen mehr hinterhergelaufen, als dass proaktiv eine Vision für die Zukunft des Gesundheitssektors umgesetzt wurde. In den nächsten Jahren gilt es daher, die Probleme ernsthaft anzugehen und dafür zu sorgen, dass unser solidarisches Modell in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung garantiert und gleichzeitig finanzierbar bleibt.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Den Ausbau der Maisons Médicales und Pädiatrien**, vor allem in den ländlichen Regionen;
- Die Einrichtung von **ambulanten Strukturen**, um die Spitäler zu entlasten und die Versorgung zu verbessern;
- **Eine Aufwertung der Berufe in der Medizin und der Pflege**. Das geht einher mit einem Ausbau des Medizinstudiums an der Universität und der Ausbildung für Pflegeberufe im Gesundheitswesen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken;
- **Die Anerkennung von Burn-Out als berufliche Krankheit**;
- **Die Enttabuisierung mentaler Krankheiten**. Strukturen zur Behandlung und Betreuung mental kranker Menschen müssen ausgebaut werden, um den Betroffenen zu helfen.;
- **Ein obligatorischer Schulbesuch für jede*n Schüler*in beim Psychologen bzw. Psychotherapeuten**, der alle 2 Jahre nach dem Vorbild der regelmäßigen Konsultationen mit Allgemeinmediziner*innen durchgeführt wird.
- **Die Gleichstellung der Rückerstattung von psychotherapeutischen Behandlungen durch die CNS mit der Rückerstattung von physischen Behandlungen**. Die Kosten von Psychotherapien werden derzeit nur zu 70% rückerstattet, im Gegensatz zu 80% bei anderen Behandlungen.
- **Kostenlose Kondome und Lecktücher** in allen Schulen, Jugendhäusern und Apotheken;
- **Die Digitalisierung des Gesundheitswesens**, z. B. durch online Terminvergabe und vernetzte digitale Patientenakten, im Respekt des Datenschutzes;
- **Eine Aufwertung der Pflegeausbildung in Luxemburg**, indem es seinen Absolventen die Möglichkeit gibt, am Ende ihrer Ausbildung einen Bachelor-Abschluss zu machen;

- **Die Etablierung eines vollständigen medizinischen Grundstudiums in Luxemburg**, indem neben einem vollständigen Bachelor-Abschluss auch ein Master-Abschluss angeboten wird.
- **Eine Anpassung der Zugangsbedingungen zum Medizinstudium**, damit mehr Studierende diese Fächer studieren können und der Anteil der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die in Luxemburg wohnhaft sind, erhöht werden kann:
- **Ein mehrsprachiges Angebot** in allen Bereichen der pflegerischen und medizinischen Ausbildung in Luxemburg.
- **Die Einführung von Therapien am Beispiel von „Better Help“**, wo man sich online beraten lassen kann. Dies kann eine Option für Menschen sein, die sich nur ungern einem Psychologen anvertrauen.
- **Die Einrichtung eines kostenlosen psychologischen Betreuungsangebots für Studierende** nach dem Vorbild der „chèques psy“ in Frankreich. Somit werden psychotherapeutische Behandlungen in vollem Umfang erstattet.
- **Die Einrichtung eines Psychotherapiestudiums in Luxemburg** sowie die Aufwertung des Berufsstatus des Psychiaters, um dem Personalmangel in diesem Bereich entgegenzuwirken.
- Eine **bessere Aufklärung** über seltene Krankheiten wie **Narkolepsie und Endometriose** und die entsprechende **Rückerstattung von Behandlungsmöglichkeiten**.
- Die Erweiterung des Blutspendens damit **homosexuelle und transgeschlechtliche Menschen** ohne Einschränkungen **Blutspenden** dürfen.

9. Gute Bildung als Chance auf ein gutes Leben

Die Sicherstellung gleichwertiger Startchancen durch gute Bildung gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die formale und non-formale Bildung muss so ausgerichtet sein, dass Kinder und Jugendliche optimal auf das Berufsleben vorbereitet und zu verantwortungsvollen, mündigen Bürger*innen herangezogen werden.

Althergebrachte Lehrmethoden müssen durch zeitgemäßere Herangehensweisen ergänzt werden. Eine positive Evaluationskultur, die auf den Stärken und Talenten der Schüler*innen basiert, muss zum Standard werden. Zwischen den weiterhin notwendigen, hohen Sprachanforderungen und dem Bestreben, Schüler*innen dadurch nicht verschiedene Bildungslaufbahnen zu blockieren, gilt es, einen Spagat zu finden. Schüler*innen müssen umfassend vor Gewalt, (Cyber-)Mobbing und jeglicher Diskriminierung geschützt werden.

Gute Bildung kann nur mittels gut ausgebildeter und ausreichend verfügbarer Lehrer*innen und Erzieher*innen erfolgen. Deshalb muss die Bekämpfung des strukturellen Personalmangels im Bildungswesen zu den Prioritäten der nächsten Regierung gehören.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Eine Bildungspolitik, die den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten zum Ziel hat.** Sozioökonomische und -kulturelle Faktoren dürfen nicht bestimmend für den schulischen Erfolg eines Kindes sein;
- **Die Beibehaltung hoher sprachlicher Anforderungen im luxemburgischen Bildungssystem**, da die Mehrsprachigkeit zur luxemburgischen DNA gehört. Wir sind uns aber auch bewusst, dass Schüler*innen mit Schwierigkeiten in einer oder mehreren Sprachen durch diese hohen Anforderungen benachteiligt sein können. Mit folgenden Ansätzen wollen wir diesen Grundsätzen gerecht werden:
 - **Modernisierung** des Sprachenprogramms
 - **Mehr Sprachenoptionen** im Enseignement secondaire (z. B. Portugiesisch)
 - **Mehrsprachiges** Angebot bei allen **Berufsausbildungen**
 - **Verschiedene Sprachenoptionen bei den sog. Nebenfächern, aber keine Begrenzung auf eine einzige**, sodass Schüler*innen auch ein Minimum an Fächern in einer schwächeren Sprache ablegen müssen, weil nur die Praxis zu Verbesserungen führt.
- **Eine Evaluierung der öffentlichen internationalen Schulen;**
- **Die Ausarbeitung eines nationalen Antidiskriminierungskonzepts** für den gesamten Bildungs- und Betreuungsbereich;
- **Eine umfassende Analyse des Lehrmaterials auf Stereotypen und Vorurteile** mit dem Ziel, es so zu überarbeiten, dass es unserer gesellschaftlichen Realität besser entspricht.
- **Die Schaffung von Anreizen, damit die Kommunen ihre Kinderbetreuungseinrichtungen verstärkt auf alternative, naturnahe Betreuungskonzepte** wie beispielsweise ‚Naturcrèches‘, naturpädagogische Spielplätze oder kunstpädagogische Einrichtungen ausrichten;

- **Die Institutionalisierung natur-, klima-, medien- und sexualpädagogischer Inhalte** über die gesamte Schullaufbahn und in allen Schulformen;
- **Eine umfassende politische Bildung**, die Verankerung demokratischer Prozesse in allen Bildungseinrichtungen sowie eine adäquate Betreuung des gewählten Schülercomités;
- **Die Öffnung der Universität für studentische politische Organisationen.**
- **Die Ausarbeitung eines kohärenten Konzepts für Digitale Bildung**, das sich von der Grundschule bis zum Sekundarschulabschluss weiterentwickelt und die Kinder und Jugendlichen auf die Anforderungen der Digitalisierung vorbereitet;
- Eine stärkere Förderung der MINT*-Fächer;
- **Weniger Frontalunterricht und Auswendiglernen**, dafür mehr interaktives, gruppenbasiertes und projektorientiertes Lernen zur Stärkung des autonomen Lernens und des kritischen Geistes.
- Einen höheren Stellenwert der Bildung für nachhaltige Entwicklung, sowohl auf Ebene der formalen als auch der non-formalen Bildung, sowie eine verbesserte Zusammenarbeit der Akteure aus beiden Bereichen.
- **Eine positive und konstruktive Evaluationskultur.** Die Bewertung und Orientierung der Schüler*innen soll auf ihren Talenten anstatt ihrer Schwächen basieren;
- **Die Aufwertung des Handwerks.** Die Wahl einer Berufsausbildung soll nicht die unvermeidbare Konsequenz schulischen Misserfolgs, sondern eine bewusste Wahl einer Bildungslaufbahn auf Basis der persönlichen Interessen und Talente darstellen. Darüber sollten Kinder schon in der Grundschule Kontakt mit handwerklichen Berufen bekommen. Wir wollen auch prüfen, inwiefern die Diplome der Berufsausbildung aufgewertet werden können;
- **Eine stärkere Autonomie der Schüler*innen** bei der Zusammenstellung ihres Stundenplans;
- **Die Einführung eines Self-Confidence-Kurses;**
- **Eine stärkere Vernetzung zwischen Schule und Berufswelt**, um den Schüler*innen häufiger Schnuppertage in Betrieben und Verwaltungen zu ermöglichen;
- **Die Stärkung der « Maison de l’Orientation »** mit regionalen Büros, um Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen.
- **Die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie**, um wieder mehr junge Menschen für den Lehrer*innen- und Erzieher*innenberuf zu begeistern und damit dem Personalmangel entgegenzuwirken;
- **Die Förderung von pädagogischen Studieninhalten und Schnupperpraktika** für angehende Sekundarschullehrer*innen;
- **Ein stärkeres Augenmerk auf die mentale Gesundheit von Lehrer*innen und Erzieher*innen**, z. B. durch eine umfassende Burnout-Prävention;
- **Die Institutionalisierung digitaler Kommunikationskanäle zwischen Lehrer*in und Schüler*in in der Sekundarschule**, um dringende Fragen vor einer Prüfung oder einem Nachexamen außerhalb der Schule besprechen zu können. Damit hierbei keine weitere Mehrbelastung des Lehrpersonals entsteht, bevorzugen wir das Modell festgelegter Sprechstunden mit festen Anmeldefristen, wie es an vielen Universitäten besteht;

- **Die Förderung einer besseren Genderbalance beim Schul- und Betreuungspersonal.** So sollen Männer aktiv dazu ermutigt werden, eine Ausbildung zum Erzieher einzuschlagen, und Frauen für das Studium eines MINT*-Fachs;
- **Eine verstärkte Sensibilisierung des Schul- und Betreuungspersonals** für Gewalt und (Cyber-)Mobbing sowie alle Formen der Diskriminierung;
- **Einen umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Belästigung durch pädagogisches Personal**, z. B. durch die Schaffung des Postens eines „Child Protection Officer“ als von der Schulleitung und Lehrer*innenschaft unabhängige Ansprechpartner*in für alle Kinder und Jugendlichen in sämtlichen Schulen. Kinder und Jugendliche müssen aktiv bei dessen Nominierung mit eingebunden werden;
- **Eine institutionalisierte Bewertung der Lehrkräfte durch die Schüler*innen.** Dies muss in einem konstruktiven Rahmen geschehen.

10. Moderne Arbeitswelt

Unsere Arbeitswelt ist im Wandel. Automatisierung und Digitalisierung spielen eine immer größer werdende Rolle und die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Arbeit bleibt für viele eine enorme Herausforderung. Unsere Arbeitswelt muss diesen Realitäten gerecht werden und gleichzeitig dafür sorgen, dass jede*r von seinem Lohn leben kann und nicht ausgebeutet wird.

Eine moderne und faire Arbeitswelt erfordert auch ein modernes Arbeitsrecht, das diesen Entwicklungen und Herausforderungen Rechnung trägt. Denn hieraus ergeben sich auch Chancen für eine bessere Lebensqualität.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Eine schrittweise Reduzierung und teilweise Flexibilisierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.** Im Zuge der Digitalisierung und Automatisierung setzen wir uns für eine Reduktion der allgemeinen Arbeitszeit ein. Durch eine vorsichtige Flexibilisierung könnte dafür gesorgt werden, dass in Perioden, in denen viel Arbeit anfällt, mehr gearbeitet wird. Uns schwebt ein Modell vor, bei dem die Arbeitszeit allgemein gesenkt wird, jedoch je nach Periode temporär leicht erhöht werden kann. Im Durchschnitt sollte sie bei 35 Stunden pro Woche liegen und 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten. Dies sollte im Dialog mit den Sozialpartnern schrittweise umgesetzt werden.
- **Die strukturelle Erhöhung des Mindestlohns um mindestens 150€.**
- **Ein Recht auf Telearbeit während 2 Tagen in der Woche in den Berufen, wo dies möglich ist.** Zuvor muss die Regierung in Verhandlungen mit unseren Nachbarländern eintreten, um dies auch allen Grenzgänger*innen zu ermöglichen. Finanzielle Entschädigungszahlungen an die Grenzregionen dürfen kein Tabu sein;
- **Ein Recht auf Teilzeitarbeit sowie die Möglichkeit, in Vollzeit zurückzukehren.** In unseren Nachbarländern werden solche Modelle schon lange erfolgreich angewendet;
- **Die Einführung eines « Congé de naissance » für beide Eltern von 3 Monaten bei vollem Lohnausgleich.** Damit soll der bestehende « Congé de paternité » ersetzt werden. In diesem Rahmen müssen bestehende Diskriminierungen von homosexuellen Paaren abgeschafft werden;
- **Ein besseres Wohlbefinden am Arbeitsplatz** durch finanzielle Anreize für Unternehmen, um in Maßnahmen zu investieren, die das Wohlbefinden ihrer Mitarbeiter*innen verbessern und die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie fördern (Sport- und Gastronomieinfrastruktur, Kinderbetreuung, etc.);
- **Mehr Wertschätzung und faire Verteilung von Care-Arbeit.** Flexible Arbeitszeiten sollen zur besseren Verteilung von Care-Arbeit und auch zu mehr Self-Care führen. Zudem sollen bisherige Lücken im Lebenslauf wegen Care-Arbeit nicht als negativer Punkt beim Bewerbungsverfahren gelten;
- **Die Absicherung der Renten für alle Bürger*innen.** Ein Weg führt für uns hierbei über einen vereinfachten schrittweisen Einstieg in die Rente, um somit das effektive Renteneintrittsalter zu erhöhen und folglich die Ausgaben des Pensionssystems zu strecken.

11. Intelligente Digitalisierung

Auch wenn netzpolitische Themen, sowie die Digitalisierung als solche, immer mal wieder öffentlich diskutiert werden, so hat die Thematik immer noch nicht den politischen und gesellschaftlichen Stellenwert, den ihr im Jahre 2023 gebühren sollte. Dabei finden Schule, Arbeit und Freizeit immer mehr über intransparente und vorwiegend profitorientierte digitale Plattformen statt. Die Digitalisierung muss deswegen vor allem auch als Gesellschafts- und Gerechtigkeitsfrage verstanden werden.

Als déi jonk gréng haben wir verstanden, dass Algorithmen und Künstliche Intelligenz (KI) keine neutralen Technologien sind, sondern bestehende Diskriminierungsmuster oft nur noch verstärken. Es braucht deshalb eine Politik, die sich aktiv mit diesen Problemen auseinandersetzt, anstatt immer nur dem neuesten Hype hinterherzulaufen. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, aber gleichzeitig den Risiken vorzubeugen.

Déi jonk Gréng setzen sich ein für:

- **Die Digitalisierung aller öffentlichen Verwaltungen, damit jede administrative Prozedur in Zukunft von den Bürger*innen digital abgewickelt werden kann.** Es gilt hierbei nicht nur die Initiierung einer Prozedur zu digitalisieren, sondern die Administrationen auch entsprechend aufzustellen, damit auch die internen Prozesse digital ablaufen und der Status von Anfragen transparent verfolgbar sind; außerdem ist zu beachten, dass unter Digitalisierung nicht lediglich gemeint ist PDFs online zu stellen, sondern W3C und Accessibility Standard entsprechende HTML-Formulare zu verwenden
- **Die Möglichkeiten für die Einführung eines digitalen Bürgerpasses und E-Voting überprüfen.** Beim Bürgerpass werden alle staatlichen Informationen (Krankenkasse, Führerschein etc.) in eine digitale Kartenform gebracht, dabei soll die Möglichkeit der GouvID genutzt werden und beim E-voting sollen Prozeduren wie Briefwahl erleichtert werden;
- **Die Umsetzung eines innovativen digitalen Gesundheitswesens (eSante).** Die Digitalisierung und Vernetzung des Gesundheitswesens muss vorangetrieben werden. Das Gesundheitsministerium sollte Schnittstellen für Drittanbieter (wie die speziell entwickelte "GesondheetsApp" des AMMD/Digital Health Network) bereitstellen, um den Datenaustausch zu ermöglichen. Dies würde sowohl Patienten als auch Gesundheitsfachkräften die Freiheit bieten, die für sie am besten geeignete App auszuwählen, während gleichzeitig auf dieselben Daten zugegriffen werden kann und dieselben Funktionen (z.b. digitale CNS Übermittlung) genutzt werden können. Darüber hinaus würde dies ein Entwicklungsumfeld fördern, in dem jeder App-Anbieter kontinuierliche Verbesserungen vornehmen muss, um relevant zu bleiben und den Nutzern die bestmögliche Erfahrung zu bieten.
- **Eine zentrale App, in der alle staatlichen Dienstleistungen angeboten werden.** Die derzeitige Anhäufung von Apps erschwert ihre Nutzung und soll den Bürger alle Informationen auf einer Plattform präsentieren;

- **Verbesserung der Internetpräsenz der Ministerien und Missstände aufarbeiten.** Die Plattformen sollen nach dem gleichen Muster aufgebaut werden, um benutzerfreundliche Internetseiten zu erhalten.
- **Eine verstärkte Digitalisierung der Gemeinden.** Momentan versucht jede Gemeinde sich selbst zu digitalisieren, was nicht nur mit enormem Aufwand und Kosten verbunden ist, sondern oft auch kein optimales Endergebnis zu Tage bringt (ein Negativbeispiel: Die Missstände des Gemeindesyndikat SIGI). Der Staat sollte den Gemeinden ein System zur Verfügung stellen, etwa durch eine Erweiterung der bereits populären myguichet.lu Plattform, mit welcher Bürger*innen auch nahtlos ihre Gemeinde-Prozeduren erledigen können. Gleichzeitig würde dies Gemeindebeamten eine zentrale und sichere Verwaltungsstelle bieten.
- **Die Chance der “künstlichen Intelligenz” (maschinelles Lernen) nutzen, aber mit einer adäquaten Regulierung.** KI kann gewissenhaft für Forschungsprojekte, Vereinfachung administrativer Prozeduren und auf anderen Ebenen genutzt werden, aber die Nutzung sollte unbedingt reguliert und mögliche Gefahren offen kommuniziert werden. Essentielle Prinzipien sind hier “Explainability”, bei der KI-Ausgaben erklärbar sein müssen (keine Blackbox), sowie “Human-in-the-Loop”, bei dem wichtige Entscheidungen immer noch von menschlichen Experten getroffen werden müssen.
- **Die Sicherung des Datenschutzes im Sinne der digitalen Selbstbestimmung und die gesetzliche Verankerung vom Prinzip des Dateneigentums,** wonach die Person, welche Daten generiert, auch deren Eigentümer*in ist sowie Entscheidungsfreiheit darüber hat, wie mit den eigenen Daten umgegangen wird, dabei soll die Transparenz der Datenerfassung gefördert werden, etwa wann und welche Ministerien auf die eigenen Personendaten zugegriffen haben und zu welchem Zweck;
- **Die Vereinbarung von Datenschutz und künstlicher Intelligenz.** KI muss durch Daten trainiert werden, dieses Verfahren soll aber weitgehend (wenn möglich) auf personenbezogene Daten verzichten oder durch Anonymisierung und anschließende Löschung nach der Nutzung reguliert sein. Wie eine KI arbeitet, soll auch erklärbar sein und nicht gegen Bürgerrechte eingesetzt werden.
- **Die Nutzung von digitalen Medien in Schulen evaluieren und verbessern.** Digitalisierung an Schulen heißt nicht lediglich Schüler*innen ein Tablet in die Hand zu drücken, sondern digitale Kompetenzen zu bilden: Schüler*innen sowie Lehrpersonen sollen bezüglich Social Media Effekten (Mental Health, Konsumverhalten), KI, Kryptowährungen, Hate speech und sensiblen Inhalten aufgeklärt werden; zudem sollen Maßnahmen zur besseren Umsetzung der Altersbeschränkungen im Netz überprüft werden.
- **Eine gesetzliche Regelung zur Unterbindung von Hate Speech, Fake News, Mobbing, Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus im Netz.** Solch inakzeptables Verhalten darf nicht geduldet werden und Dritte müssen dementsprechend handeln dürfen.
- **Digital-Kompetenz in der Gesellschaft fördern.** Um “fake media” einer Person herzustellen, genügen mittlerweile wenige Bilder oder Sekunden an Stimmaufnahmen. Bürger*innen sollten auf diese Techniken (“generative AI”) aufmerksam gemacht werden, etwa durch nationale BeeSecure Kampagnen die sich an Jung und Alt richten, um gegen

neue Methoden der Desinformation und des Phishing gewappnet zu sein und eine Resilienz zu entwickeln;

- **Die Abschaffung von jeglichen Geoblocking.** Europaweit soll jede*r Bürger*in die gleichen Rechte besitzen, um Internetseiten abzurufen;
- **Eine verstärkte Adaptation an eine neue, digitale Arbeitswelt.** Staatliche Programme (wie "Upskilling") zur Entschärfung negativer Effekte der Digitalisierung (z. B. Wirtschaftssektoren in denen Arbeitskräfte durch Roboter/"KI" Systeme ersetzt werden).

■ Moderne Drogenpolitik

Die repressive Drogenpolitik der vergangenen Jahrzehnte ist gescheitert. Der Drogenkonsum und -handel befindet sich trotz Repression auf einem neuen Rekordniveau. Die derzeitige Illegalität führt dazu, dass die Sicherheit der Konsument*innen und Suchtkranken nicht gewährleistet wird, da eine Kontrolle von Inhaltsstoffen auf dem Schwarzmarkt nicht möglich ist.

Hinzu kommt, dass eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt leben können und im Wissen mit den damit verbundenen Konsequenzen Substanzen konsumieren können, nicht mit einer Repression zusammenpasst. Es ist Zeit für eine Drogenpolitik, die auf einen sinnvollen Umgang mit Drogen, umfassende Aufklärungsarbeit und die Begleitung von Menschen mit Suchterkrankungen, ohne sie dabei zu kriminalisieren, setzt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die rezent vorgenommene Entkriminalisierung von Cannabis. Doch das allein reicht noch nicht für eine regelrecht moderne Drogenpolitik.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Die vollständige Legalisierung von Cannabis und die Schaffung eines staatlich kontrollierten und reglementierten Marktes**, vom Anbau von nachhaltigen Pflanzen bis zu den Endkonsument*innen, womit verhindert wird, dass das Endprodukt verunreinigte Substanzen als Konsequenz einer illegalen Produktion beinhaltet. Dies führt zu einer nachgewiesenen Verringerung des Schwarzmarktes und den damit verbundene gesundheitlichen Risiken;
- **Eine vollständige Entkriminalisierung von Konsument*innen und Suchtabhängigen;**
- **Einen besseren Jugendschutz durch Enttabuisieren und Aufklärungsarbeit**, die auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen fußt;
- **Die gezielte Verwendung der Steuereinnahmen infolge des Cannabis-Verkaufs für angemessene Aufklärungsarbeit und Therapieleistungen** für Suchtkranke, als auch für die weiterführende Forschung zum medizinischen Potential einzelner Drogen
- Die Anerkennung der Drogensucht als eine Krankheit;
- **Notwendige soziale Strukturen** für den Umgang mit Suchtkrankheit schaffen
- **Eine Entkriminalisierung aller Drogen;**
- Den Ausbau, die soziale Integration und die Dezentralisierung von Einrichtungen ähnlich der "Fixerstuff" oder von stationären und ambulanten Therapieorten;
- Den **Ausbau und der vereinfachte Zugang der Strukturen, in denen Drogenkonsument*innen die Qualität ihrer Substanzen testen können**, womit der Konsum von Produkten, die verunreinigt sind, reduziert wird.
- Reevaluiierung von legalen Drogen besonders Benzodiazepine (Xanax) und Ritaline

13. Gleiche Rechte und Inklusion

Wir leben in Zeiten, in denen immer mehr Menschen unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden und dementsprechend Hilfe benötigen. Mit 170 Nationalitäten, darunter Menschen mit verschiedenen Religionen, Einschränkungen, Sexualitäten und noch vielem mehr, repräsentiert Luxemburg eine offene Gesellschaft, in der wir zusammen in Respekt und Toleranz leben wollen. Dennoch gibt es leider zu viel Sexismus, Rassismus und viele weitere Formen von Diskriminierung.

Unsere Vision einer inklusiven Zukunft konzentriert sich auf die Schaffung einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Stärke betrachtet wird und jede*r Bürger*in gleiche Chancen und Rechte genießt. Unser Programm steht für umfassende Inklusion, sei es im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im öffentlichen Leben. Bestehende Barrieren müssen abgebaut werden, um eine Umgebung zu schaffen, in der jede Stimme Gehör findet. Es liegt an uns als Gesellschaft, eine Zukunft zu gestalten, in der Diversität als Bereicherung empfunden wird; nur im kollektiven Handeln können wir eine bessere Welt formen. Wir setzen uns für eine intersektionale queere feministische Gesellschaft ein, in der alle Menschen sich wohl fühlen und gleiche Rechte bekommen.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Die Umsetzung der Anerkennung einer dritten Geschlechtsoption für Menschen, die sich nicht mit dem binären Geschlechtsbild identifizieren können.**
- **Die Erhebung von öffentlich zugänglichen Statistiken über Diskriminierung in Luxemburg** (Gender, sexuelle Orientierung, Ethnie, Nationalität, Alter, Handicap, Religion) sowie über politisch und religiös motivierte Gewalt;
- die Stärkung des „Centre pour l'égalité de traitement“;
- **Neue Arbeitszeitmodelle** um die gleiche Verantwortung zwischen den Partner*innen für **unbezahlte Care-Arbeit** (Betreuung, Pflege, Haushalt,...) innerhalb der Familien, bei unfair verteilten Doppelbelastungen zu reduzieren. Gleichzeitig kann dadurch eine Diskussion über die allgemeine Aufwertung der Care-Arbeit angestoßen werden;
- weitere Änderungen im Personenstandsrecht. Im Geburtsschein soll kein Geschlecht mehr angegeben werden und auch auf dem Personalausweis soll es keine Geschlechtsangabe mehr geben;
- die Ausrichtung der Bildungs- und Jugendpolitik auf den Respekt der Menschenrechte und die Vielfalt sexueller Identitäten. Deshalb ist eine Aufstockung des Personals nötig, um die Inklusion in allen Schulen zu ermöglichen. Diversity Management soll besser in die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals integriert sein.
- eine Reform der „Autorisation d'Occupation de Travail“, um den Asylantragsteller*innen bereits während ihres Asylantrags die Möglichkeit zu geben, auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu werden und sich somit aktiv in der Gesellschaft einzubringen;
- die Ausweitung von Projekten, welche das intergenerationelle und interkulturelle Zusammenleben fördern und unterstützen;
- eine stärkere Interaktion zwischen den Classes d'accueil und den regulären Schulklassen, um die Inklusion von geflüchteten Jugendlichen zu stärken. Staatliche sowie

zivilgesellschaftliche Initiativen zum interkulturellen Austausch, sowohl im formellen als auch im informellen Bereich, müssen gestärkt und finanziell unterstützt werden, um die Zukunftsperspektiven von Geflüchteten zu verbessern (Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeitsmöglichkeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten usw.).

- **Inklusion von Menschen mit spezifischen Bedürfnissen:**
- die Förderung der **Inklusion von Arbeitssuchenden mit Behinderung in den Arbeitsmarkt;**
- die Einführung von Kompensationszahlungen, wenn Betriebe die Quote für die Beschäftigung von Mitarbeitenden mit spezifischen Bedürfnissen nicht erfüllen. Diese Zahlungen sollen automatisch von den Betrieben an die Sozialversicherung abgeführt werden und zur Finanzierung von Maßnahmen genutzt werden, die die Einstellung von Menschen mit Behinderung fördern;
- die **Sensibilisierung von Gynäkolog*innen für Jungfräulichkeitsbescheinigungen** und ein Verbot Jungfräulichkeitsbescheinigungen auszustellen;
- die **rechtliche Verfolgung bei Vergewaltigungen oder sexuellen Übergriffen**, auch bei "Ersttäter*innen";
- eine **sexuelle an affektive Aufklärung** in den Schulen und der Gesellschaft über sexuelle Identitäten, Gender, Consent und stereotypisierter Geschlechterrollen;
- **Safe Spaces für queere Jugendliche** schaffen und bereits ähnliche existierende Strukturen, wie das Rainbow House von Rosa Luxemburg und CIGALE, strukturell und finanziell mehr unterstützen;
- gegen Geschlechterstereotypen kämpfen mit mehr genderneutralen Farben in allen öffentlichen Bereichen. Dies in Form von geschlechtsneutralen Farben in beispielsweise Kindertagesstätten. Wir unterstützen auch weiblich gelesene Personen dabei, sich in technischen Bereichen zu betätigen sowie mehr männlich gelesene Menschen in den sozialen Bereichen einzubringen. Des Weiteren würden Ausbildungen und Weiterbildungen gegen Sexismus in allen Bereichen helfen;
- die **Enttabuisierung und Normalisierung von Menstruation**, auch auf dem Arbeitsplatz. Zudem wird es Zeit, dass auf allen öffentlichen Toiletten und in administrativen Gebäuden Period Boxes zur Verfügung gestellt werden.
- die Förderung von geschlechterneutraler Sprache im alltäglichen Gebrauch sowie auf administrativer Ebene;
- Einrichten von Unisex Toiletten in neuen öffentlichen Gebäuden.
- Beim Erbauen von neuen Gebäuden oder dem Umbauen von bereits bestehenden Einrichtungen darauf bestanden, auf alle Mitglieder der Gesellschaft Rücksicht zu nehmen und einzubinden. Wir wollen einen gesellschaftlichen Wandel sehen, was die Inklusivität von Gebäuden angeht, z.B. in Hinsicht auf Sport Umkleidekabinen;
- **Mehr Inklusivität und Visibilität bei Schulbüchern.** Frauen, Menschen mit Behinderung, People of Colour und viele weitere Gruppen sollen endlich repräsentiert werden und positive Rollenbilder für Kinder darstellen;
- mit dem **Einführen einer queerbeauftragten Person bei der Regierung**, welche für die gerechtfertigte queer visibility sorgt, würde unsere Gesellschaft einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichberechtigung gehen.

- die Erhebung von Statistiken zu queerphoben Gewalttaten sollte unter anderem von der Polizei erfasst werden und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Die **Verfügbarkeit von staatlichen Dokumenten auf Englisch**, so z.B. das Casier Judiciaire
- Die Erstellung einer Website, auf der vermerkt ist, wie behindertenfreundlich öffentliche Gebäude, sowie Haltestellen des öffentlichen Verkehrs gestaltet und zugänglich sind.

14. Moderne Institutionen für eine gute Demokratie

Kürzlich hat sich herausgestellt, dass die Anzahl der Länder mit demokratischen Grundprinzipien und die der Menschen, die in freien Demokratien leben, zurückgegangen ist. Dabei ist die Demokratie das einzige politische System, in dem die Menschen sich frei entfalten können und jeder Mensch das Recht hat, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wir beobachten besorgt, wie vielerorts antidemokratische Kräfte schrittweise versuchen, Demokratien abzuschaffen, und Menschen andernorts die Vorteile und das Privileg, in einer Demokratie zu leben, nicht schätzen.

In Luxemburg hat die Demokratie in der Politik einen sehr hohen Stellenwert. Das erkennt man an unserer neuen Verfassung und der neuen Möglichkeit, als Zusammenschluss von Bürger*innen Gesetzesvorschläge ins Parlament zu bringen. Déi jonk gréng erkennen allerdings auch an, dass unsere Demokratie noch einige archaische Elemente aus weniger demokratischen Zeiten besitzt, sowie nicht alle Einwohner*innen über die gleichen demokratischen Rechte besitzen, was reformiert werden muss.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Die dringende Reform des Staatsrats**, um seine Effizienz zu verbessern und seine politische Neutralität auch in Zukunft zu gewährleisten. Dem Staatsrat sollen mehr Mitglieder und Beamt*innen sowie anderen Arbeiter*innen zugestellt werden, damit das monatelange Warten auf ein Gutachten der Vergangenheit angehört. Hierfür müssen feste Fristen eingeführt werden. Darüber hinaus soll der Staatsrat professionalisiert werden, damit Interessenskonflikte mit anderen Tätigkeiten der Vergangenheit angehören. **Interessenskonflikte der Mitglieder sollten dementsprechend schriftlich für jeden einsehbaren offengelegt werden**, und das noch vor der Ernennung zum Staatsrat. Wir wollen eine Entpolitisierung des Staatsrats, indem die Ernennung von Mitgliedern nicht nach parteipolitischen Prinzipien verläuft. Die Amtszeit der Mitglieder soll auf 6 Jahre halbiert werden, es müssen Maßnahmen mit dem Ziel, die Diversität innerhalb des Staatsrats zu erhöhen, ergriffen werden und der Erbgroßherzog muss zwecks der Gewaltentrennung von seiner Mitgliedschaft befreit werden.
- **Die dringende Reform der Wahlbezirke**. Aufgrund der Sitzverteilung nach Wahlbezirken in der Chamber, sind einige Wähler*innen weniger repräsentiert als andere, außerdem kandidierten immer öfters Politiker*innen auf Wahllisten jenseits ihres Wohnorts. Dies zeigt, wie überholt die aktuellen Wahlbezirke Luxemburgs sind. Wir schlagen die Schaffung eines einzigen Wahlbezirks für das ganze Land vor.
- **Die Abschaffung der Doppelmandate**, einhergehend mit der Professionalisierung der Abgeordnetenversammlung und der lokalen Mandatsträger*innen.
- **Die zeitliche Begrenzung von politischen Mandaten von Abgeordneten und Minister*innen** auf 2 komplette Legislaturperioden innerhalb von 15 Jahren.
- **Die Einführung des Wahlrechts ab 16**. Die jungen Generationen durchleben gerade turbulente Zeiten: eine hohe Arbeitslosenquote bei jungen Menschen, die aktuelle Wohnungsnot, die nachhaltig prägende Covid-Krise und die allgegenwärtige Klimakrise. Dabei kann ein Großteil der Jugendlichen keine Menschen und Parteien wählen, die ihnen

Lösungen für ihre Probleme anbieten. Außerdem können einige junge Menschen erst im Alter von 23 Jahren zum ersten Mal an den Kammerwahlen teilnehmen - das ist viel zu spät.

- **Die Einführung des Wahlrechts für Nicht-Luxemburger*innen bei den Nationalwahlen.** Fast die Hälfte der Menschen, die in Luxemburg leben, hat kein Wahlrecht. Das obwohl sie meistens jahrelang hier leben, wohnen, arbeiten gehen, Steuern zahlen, ihre Freizeit verbringen, Kinder großziehen usw. Dass diesen Menschen, die fast 50% aller Einwohner*innen ausmachen, das Wahlrecht enthalten wird, ist unserer Einschätzung nach höchst undemokratisch.
- **Die Schaffung eines Demokratiebürger*innenrats,** zur Ausarbeitung von Vorschlägen betreffend die Verbesserung der Zustände unserer Demokratie. Als Vorbild soll der Klimabürger*innenrat dienen, nur dass sich hier Menschen mit den Problemen und Herausforderungen unserer Demokratie auseinandersetzen sollen.

15. Innere und äußere Sicherheit und Verteidigung

Die Gewährleistung inneren und äußeren Sicherheit ist eine der zentralen Aufgabe des Staates. Luxemburg ist eines der sichersten Länder der Welt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, brauchen wir eine einsatzfähige Polizei und eine moderne Justiz. Wir stellen uns der Polemik, die in der Sicherheitsdebatte oft zutage tritt, entgegen, und setzen auf Fakten und den Rechtsstaat.

Im Bereich der äußeren Sicherheit treten wir für Konfliktprävention ein. Gleichzeitig soll Luxemburg seinen Beitrag zur Wahrung der äußeren Sicherheit leisten und Sicherheitsfaktoren wie die Klimakrise müssen bei der Sicherheitspolitik in Betracht gezogen werden.

Wir wollen eine ganzheitliche Sicherheitspolitik, die als umfassender Ansatz alle möglichen Aspekte berücksichtigt und vor einer Vielzahl potenzieller Bedrohungen schützt. So auch vor Desinformation und digitalen Angriffen auf unsere Demokratie.

déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Das Beenden von unrechtmäßigen Gewaltanwendungen**, insbesondere gegen ethnische Minderheiten;
- **Investitionen in alternative Ansätze für die öffentliche Sicherheit**, wie z. B. gemeindebasierte Sozial-Programme und Initiativen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit
- Sensibilisierung in der Ausbildung auf Themen wie „Profiling“ und der Diskriminierung durch die Polizei-Mitarbeiter*innen
- **Reformen des Strafrechtssystems**, die der Prävention und Rehabilitation Vorrang vor der Bestrafung geben
- Abkehr von der Inhaftierung und Hinwendung zu wirksameren, humaneren Ansätzen zur Bekämpfung der Kriminalität
- **Unterstützung der Rechte marginalisierter und gefährdeter Bevölkerungsgruppen**, einschließlich Einwanderern und Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchtproblemen
- Kein Rückgriff auf private Sicherheitsunternehmen für Aufgaben, die der Polizei vorbehalten sind, um das alleinige Gewaltmonopol des Staates zu garantieren
- Eine erweiterte Präsenz der Polizei im Internet: Die Schaffung einer polizeilichen Einheit gegen Online-Desinformation. Diese spezialisierte Abteilung würde sich gezielt mit dem Aufspüren, Analysieren und Bekämpfen von Desinformation online befassen.
- Die **Einrichtung dieser polizeilichen Einheit gegen Desinformation** im Internet kann dazu beitragen, die demokratischen Prinzipien zu schützen, da Desinformation oft darauf abzielt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Institutionen zu untergraben und politische Diskurse zu verzerren. Um jedoch dem Risiko der möglichen Zensur vorzubeugen, wollen wir eine klare Definition von Desinformation und einen klaren rechtlichen Rahmen. Deshalb befürworten wir auch die Ausbildung von spezialisierten Staatsanwälten in Sachen Cybervergehen und/oder Angriffen auf die Demokratie.
- **Stärkung der Parlamentsarmee** für Luxemburg, für die die Regierung vor einem Einsatz bewaffneter luxemburgischer Streitkräfte im Ausland einen Antrag an das Parlament

stellen muss. In einem parlamentarischen System gibt es eine erweiterte Kontrolle über das Militär und es erhöht die Transparenz über den Haushalt. Außerdem verbessert dieses System die Reaktionsfähigkeit der Armee auf die Bedürfnisse des Staates: Bei besonderen Sicherheitsbedürfnissen erhält das Parlament das Initiativrecht, über einen Einsatz abzustimmen (z.B. bei Unwetterkatastrophen, usw.).

- **Förderung von Frauen in der Armee.** Es müssen flexible Zeiteinteilung und familienfreundliche Maßnahmen angeboten werden. Eine integrative Kultur muss gefördert werden und Belästigung und Diskriminierung müssen proaktiv bekämpft werden. Darüber hinaus muss der Rekrutierungsprozess modernisiert werden, insbesondere für diejenigen, die bestimmte körperliche Anforderungen (Körpergröße, etc.) nicht erfüllen. Eine Verbesserung des Rekrutierungsprozesses, die mehr Frauen einbezieht und flexibler ist, kann dazu beitragen, mehr Frauen für eine militärische Laufbahn zu gewinnen.)
- **Den Antrag Luxemburgs für den Beobachterstatus beim “Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons”**, um dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt ein Stück näher zu kommen.

16. Ein starkes Europa

Déi jonk gréng zeigen sich besorgt über die Zunahme von rechtsaußen Regierungen innerhalb der EU, die bereits damit begonnen haben, gesellschaftlichen Minoritäten ihre hart erkämpften Rechte wieder zu entziehen. Die EU muss ihren moralischen Kompass neu ausrichten und wieder mehr Toleranz und Akzeptanz von Minoritäten, wie zum Beispiel queeren Menschen oder Flüchtlingen, schaffen. Außerdem muss die Demokratisierung der EU und der EU-Mitgliedsstaaten weiter voranschreiten, damit die EU als demokratisches Projekt aller europäischen Staaten weiterhin florieren kann.

Die letzten Jahre haben außerdem gezeigt, wie wichtig die Gestaltung einer Politik ist, die Hand in Hand mit sozio-ökologischen Maßnahmen geht. Die Energieversorgung Europas muss nicht nur unabhängig von autokratischen Partnern werden, sondern auch von fossilen Energien einschließlich der Atomkraft, die die Klima- und Energiekrise nur weiter antreiben. Eine erneuerbare Energieproduktion ist die einzige klimagerechte und ökologische Lösung, die nachhaltig für günstige Strompreise sorgen kann und dabei nicht die Menschenrechtsverletzungen von grausamen Despoten mitfinanziert.

Déi jonk gréng setzen sich ein für:

- **Ein europaweites Wahlrecht ab 16 bei den Europawahlen.** Diese Maßnahme soll durch die Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung und die stärkere Thematisierung europapolitischer Fragen in Schulen zur Förderung einer europäischen Identität ergänzt werden.
- Den Wähler*innen die Möglichkeit bieten, sich an der Wahl der*des Kommissionspräsidenten*in zu beteiligen.
- Die **Rolle des EU-Parlaments und damit auch die Entscheidungsmacht der Wähler*innen zu stärken**, indem die Befugnisse des Parlament im legislativen Prozess erweitert werden.
- Die **Reform des Transparenzregisters der EU**, um ein solches Register im Rahmen der Lobbyarbeit bei EU-Institutionen für alle Organisationen und Vertreter von Drittländern verbindlich zu machen, sowie die Einführung strengerer Transparenzvorschriften. Zudem sollten alle legislativen Prozesse, Treffen und Trilog-Verhandlungen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- **Den schnellstmöglichen Austritt aus der fossilen Energiegewinnung inklusive Atomstrom und Erdgas.** Dazu gehört auch, dass Atomstrom und Erdgas aus der **EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen gestrichen werden**. Dessen Aufnahme in die Taxonomie dient lediglich als Greenwashing fossiler Energieträger und ist nicht vereinbar mit den EU-Klimazielen des Green Deal.
- Die Beschleunigung des **europaweiten Ausbaus erneuerbarer Energiegewinnung**. Die bürokratischen Prozesse zur Errichtung von Anlagen müssen vereinfacht werden und paneuropäische Projekte wie Dänemarks Energieinseln, die von Luxemburg finanziell unterstützt werden, müssen von der EU stärker gefördert werden.

- Die **Einführung einer Kerosinsteuer** und die Verwendung der daraus resultierenden Einnahmen für Forschungsprojekte, welche die Dekarbonisierung des Flugverkehrs sowie den Ausbau des europäischen Schienennetzes vorantreiben.
- Das **Verbot von Kurzstreckenflügen innerhalb der EU und Privatjetflügen**, sobald eine attraktive und klima- sowie umweltschonende Alternative zu den jeweiligen Flügen existiert. Kurzstrecken- und Privatjetflüge machen den Großteil des CO2 Ausstoßes in der zivilen Luftfahrt aus, welche dringend eingespart werden müssen.
- die Einführung des **Statuts des „Klimaflüchtlings“ auf EU/UN-Ebene**
- ein Ende der « Festung Europa », anhand der **Durchsetzung des Solidaritätsprinzips bei der Aufnahme von Geflüchteten** und der Schaffung von legalen Migrationswegen, um ein offenes, interkulturelles und inklusives Europa zu fördern
- Die **Gleichberechtigung von Minoritäten in allen EU-Staaten**, indem die EU ihre finanzielle Unterstützung eines Staates bei groben Verstößen gegen die Gleichberechtigung unkompliziert einfrieren kann.
- Die **Einrichtung einer offiziellen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der EU**, welche mediale Inhalte in allen EU Sprachen produziert und verbreitet. Das Geo-Blocking von Inhalten innerhalb der EU soll der Vergangenheit angehören.
- einen **europäischen Mindestlohn**, der sich jeweils am nationalen BIP orientiert, um die Senkung der Sozialstandards und eine Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte zu verhindern sowie für mehr Chancengleichheit zu sorgen.
- ein Ende der Blockade-Haltung Luxemburgs, wenn es um **europäische Steuerharmonisierung** und den Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerdumping geht.